

## Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der CDU-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Aktuelle Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion „Solidarität mit Frankreich und den Opfern islamistischer Gewalt – Terror und Hass in jeder Ausformung bekämpfen“, DS 6/407

### **Für Meinungsfreiheit und friedlichen Dialog - Terroristischer Gewalt und deren politischer Instrumentalisierung entgegentreten**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Der Landtag Brandenburg verurteilt die mörderischen Anschläge gewalttätiger Islamisten auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo und das jüdische Geschäft in Paris. Wir bekennen uns ohne Einschränkungen zu den grundlegenden Werten von Meinungs- und Glaubensfreiheit sowie von Solidarität und Unantastbarkeit der menschlichen Würde. Den terroristischen Anschlag von Paris werten wir als einen Angriff auf die Menschenrechte. Solchen Angriffen muss und wird sich die demokratische Gesellschaft mit aller Kraft und den Mitteln des Rechtsstaates entgegenstellen. Der Verzicht auf Gewalt als politisches Mittel ist unabdingbarer Bestandteil einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Der Landtag Brandenburg wendet sich gleichermaßen gegen die Instrumentalisierung der abscheulichen Tat durch nationalistische oder fremdenfeindliche Gruppen und Parteien. Wer in unserem Land gegen Medien, Politik und Minderheiten hetzt, stellt die Meinungs- und Pressefreiheit in Frage. Der Versuch, aus islamistischem Terror durch das Schüren von Ressentiments und Angst politisches Kapital zu schlagen, ist im höchsten Maße verabscheuungswürdig. Der Landtag ist sich der Tatsache bewusst, dass sich der islamistische Terror nicht nur gegen Juden und Christen, sondern in vielen Staaten in erster Linie gegen Muslime richtet. Gerade dieser Terror zwingt viele Menschen zur Flucht, die Recht und Anspruch auf unsere Hilfe haben.

Gewaltakte wie der islamistische Terroranschlag in Frankreich, die rassistischen Morde des sogenannten NSU in Deutschland oder das politisch motivierte Massaker von Utöya in Norwegen offenbaren, dass Angst und Hass ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen unmöglich machen. Deshalb rufen wir zum friedlichen Dialog unter Beachtung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Menschenwürde und –rechte aller auf. Nur wechselseitige Toleranz und eine starke Demokratie garantieren auf Dauer eine Gesellschaft mit sicheren und freien Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen. Diese Gesellschaft werden wir unter allen Umständen verteidigen.

Klaus Ness  
für die SPD-Fraktion

Margitta Mächtig  
für die Fraktion DIE LINKE

Ingo Senftleben  
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN